

raum für vielfalt?!

Zum wechselseitigen Einfluss zwischen Integration und Stadt- und Raumplanung

6. Tiroler Integrationsenquete

Donnerstag, 29. Oktober 2015, 09:00 bis 17:45 Uhr

Innsbruck, Landhaus 1, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, Großer Saal

Tagungsdokumentation

Inhalt

1.	Vorwort	2
2.	Programmablauf.....	3
3.	Keynote.....	4
4.	Vorträge.....	9
4.1	Migration, urbane Gesellschaften und die Bedeutung des öffentlichen Raumes am Beispiel des Projektes Superkilen in Kopenhagen.....	9
4.2	Plädoyer für die Stärkung der Urbanität und für die Rückbesinnung auf Inklusionsorientierung und Nachhaltigkeit	11
5.	Impulsvorträge	15
5.1	Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bau- und Raumordnung.....	15
5.2	ÖROK-Prozess: Vielfalt und Integration im Raum	15
5.3	Erfahrungen aus dem ländlichen Raum	16
6.	Gesprächskreise	18
6.1	Vielfalt im Stadtteil.....	18
6.2	Wohnen und Nachbarschaft	19
6.3	Religionspraxis in Gemeinden	19
6.4	Raumordnung und Gemeinwesenarbeit.....	20
6.5	Architektur und Gestaltung.....	21
7.	Kontaktdaten und Links.....	23

1. Vorwort

Zuwanderung nimmt als wichtiges Element des demografischen Wandels immer stärker Einfluss auf die Entwicklung von Städten, aber auch des ländlichen Raums. Integration gewinnt damit als Bezugspunkt für Stadtentwicklung und Raumplanung an Bedeutung und hat auch immer einen räumlichen Bezug – sie geschieht vor Ort, wo Menschen aufeinandertreffen, und wird durch kommunale und regionalpolitische Maßnahmen beeinflusst.

Wie gestaltet man öffentliche Räume der bewegten Alltagswirklichkeit entsprechend? Wieviel Platz hat Vielfalt und wie lässt sich eine Willkommenskultur räumlich gestalten? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu beachten? Welchen Raum gibt man der religiösen Praxis? Was macht Wohnanlagen oder Stadtviertel integrativ?

Ziel der 6. Tiroler Integrationsenquete war es, diese und andere Fragen aufzugreifen und Raum für die Diskussion mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis zu schaffen. Auch Impulse für die konkrete Umsetzung wurden gegeben um dazu beizutragen, unser engeres und weiteres Umfeld so zu gestalten, dass wir in aller Unterschiedlichkeit gut zusammenleben können.



Die Integrationsenquete war eine gemeinsame Veranstaltung von Land Tirol, JUFF-Fachbereich Integration, Sachgebiet Raumordnung und Servicestelle Gleichbehandlung & Antidiskriminierung; Stadt Innsbruck, MA III – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration; Haus der Begegnung; Tiroler Integrationsforum; Universität Innsbruck - Institut für Erziehungswissenschaft & Institut für Gestaltung 1; In Kooperation mit aut. architektur und GBV - Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen



2. Programmablauf

- **Keynote**
- **Begrüßung und Einführung**
durch Moderatorin Verena Schlichtmeier, Hannes Gstir (für das Organisationsteam),
Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe und Stadtrat Gerhard Fritz
- **Migration, urbane Gesellschaften und die Bedeutung des öffentlichen Raumes am
Beispiel des Projektes Superkilen in Kopenhagen**
Dipl.-Ing. Martin Rein-Cano

Pause

- **Plädoyer für die Stärkung der Urbanität und für die Rückbesinnung auf
Inklusionsorientierung und Nachhaltigkeit**
Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow

Mittagspause

- **Impulsvorträge**
Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bau- und Raumordnung - Dr.in Barbara Bischof
ÖROK-Prozess: Vielfalt und Integration im Raum - Ass.-Prof. DI Dr. Wolfgang Andexlinger
Erfahrungen aus dem ländlichen Raum - Mag.a Dr.in Ingrid Machold

Pause

- **Gesprächskreise**
zu den Themen Vielfalt im Stadtteil, Wohnen und Nachbarschaft, Religionspraxis in
Gemeinden, Raumordnung und Gemeinwesenarbeit, Architektur und Gestaltung;
- Abschluss und gemütlicher Ausklang



3. Keynote

Julya Rabinowich

Gerade in Zeiten großer Ausnahmezustände, die sich europaweit derzeit manifestieren, wird der Ruf nach Integration lauter und fordernder. Die Begriffe Migrant und Flüchtling werden vermischt, die Begriffe Assimilation und Integration werden vermischt. Die Grenzen zwischen Dingen, die man gerade noch und Dingen, die man gar nicht mehr tolerieren kann, verwischen. Vor allem und gerade in der Politik, die Vorbildwirkung hat und mit deren Fehlern oder guten Lösungen große Menschenmengen bewegt werden können - in die eine oder in die andere Richtung. Wer Ausgrenzung salonfähig macht, hat einen erheblichen Teil für die Stimmung im Land beigetragen. Wer Hilfesuchende unterstützt, natürlich auch. Die internationale Flüchtlingskrise ist hier zwar nicht Thema der Enquete, muss aber zumindest ansatzweise thematisiert werden, wenn man über Integration der bereits Angekommenen sprechen möchte. Denn einerseits werden durch die derzeitige Lage Ängste getriggert, die schon in die Fragen der Integration hineinspielten. Andererseits werden Haltungen sichtbar, die dieser Integration hindernd entgegenstehen.

Und zwar auf allen möglichen Seiten.

Kurz zusammengefasst könnte man die Stimmung im Land so zusammenfassen:

Integration, das sind die anderen.

Das ist ein Sartrezitat und natürlich nicht unbedingt so brutal gemeint wie seine Erwähnung der Hölle. Aber ein Kernproblem lässt sich damit gut ansprechen.

Um Integration zu fordern, muss erst einmal klar umrissen sein, was das eigentlich ist, diese Integration.

Folgt man den Comicaussendungen der FPÖ, ist die Integration dann erreicht, wenn ein Muslim Wein trinkt und Schweinefleisch isst. Folgt man der Argumentation alternativer Hardliner, braucht es keinerlei Integration, was Brauch ist, soll Brauch bleiben, auch jene, die unserem Kanon diamteral entgegenstehen wie zum Beispiel die Zwangsverheiratung.

Die Realität liegt ausserhalb dieser beider extremen Positionen.

Integration lässt sich vielleicht mit jener Überschneidung mehrerer Welten umschreiben, die eine gemeinsame Schnittmenge ergibt. Dazu gehören zwingend die Menschenrechte, die für alle und für alle gleich gültig sind. Die Rechte auf Selbstbestimmung, Bildung, Gleichberechtigung und Schutz vor Gewalt, die Rechte auf medizinische Betreuung.

Was die Politik und der Boulevard aber öfters gerne verkaufen möchte ist das Schauspiel namens : „der Integrationsunwilligen Zähmung“

Die Gretchenfrage kommt modern getarnt daher: „Wie hältst du' s mit der Integration?“ flüstern Minister und Politiker und Politikerinnen. Menschen werden schnell per se als verdächtig einstuft, sobald sie bestimmten Hintergrund haben, und die auflagenstärkste Zeitung des Landes darf ungehindert Hetzartikel veröffentlichen. Samt passenden Postings. Ja, Zwangsverheiratung und

Kriegstreiberei sind Verbrechen. So kommt man ihnen aber kaum bei. So wird im Vorfeld ausgehebelt, was zusammenwachsen soll.

Wir sind uns alle einig, dass für die Integration das Wollen eines Miteinanders unabdingbar ist. Wie aber will man es messen? Und warum eigentlich nur auf einer der beiden Seiten? Wie viel Integrationswilligkeit ist genug? Jeden Tag Kaisersemmeln zum Kaffee? Dauerbeschallung mit Mozart? Oder reicht schon ein Opernbesuch pro Monat? Einpendeln der Deutschkenntnisse auf ein durchschnittliches FPÖ-Plakat? Das Anerkennen der Undurchlässigkeit unseres Schulsystems und Eingliedern in jene Reihe, die benachteiligt ist, möglichst ohne Murren und Randalen? Der gern bemühte muslimische Vater, der das Schulsystem nicht ernst nimmt, hat auch traditionelle Konkurrenz. Höhere Söhne und Töchter werden mit ebenso höherer Gewalt durch die Ausbildung geschoben, sollten sie straucheln, während die No-name-kids alle Folgen ihrer Taten alleine ausbaden haben. Wo Schulgesetze nicht für alle gelten, ist auch die Integration schwere Aufgabe, wenn dabei vermittelt wird, dass nicht alle Regeln für alle gelten.

Die Gesellschaft lässt sich aber auf diese Art und Weise Talente und Chancen entgehen, wenn sie den Talenten keine Chance gibt. Sie schädigt nicht nur die Betroffenen, sondern auch sich selbst.

Wobei wir vermutlich auch alle einig sind:

Der erste Schritt zu erfolgreicher Integration ist selbstverständlich die Sprache. Und die nächsten Schritte sind Bildungsmöglichkeiten, soziale Durchmischung und ein gemeinsamer Lernprozess. Das Ankommen benötigt Schmelztiegelbereitschaft aller Beteiligten.

Und hier sind wir bereits beim Thema der Mehrsprachigkeit. Und dem Spracherwerb: beides Meilensteine der Integration.

Es gibt Länder, in denen jede weitere Sprache als das behandelt wird, was sie ist: als ein Mehrwert und als etwas Wertvolles. In Österreich wird die Mehrsprachigkeit immer wieder mit großem Misstrauen beäugt und bekämpft.

Das Verbot anderer Sprachen am Schulhof verstößt gegen die Rechte der Betroffenen und ist eine großangelegte, sinnlose Schikane. Was jedoch selbstverständlich sein sollte: der Unterricht ist natürlich in Deutsch abzuhalten. Und es braucht Förderkurse für Nichtmuttersprachler. Zu der Zeit meiner eigenen Ankunft war das keine Frage, sondern eine Tatsache. Ohne dieser Förderkurse hätte sich mein Hineinfinden in die neue Lebensrealität wesentlich schwieriger gestaltet, und sie hätte sich massiv verlangsamt. An Förderkursen dieser Art zu sparen zeugt von gewaltiger Fehleinschätzung der Folgewirkungen. Das Herausfallen aus dem Schulsystem, das Nichthineinfinden ins Erwerbsleben aufgrund von Sprachschwierigkeiten kommen den Staat und vor allem die Gesellschaft im Endeffekt um einiges teurer als der nicht bereitgestellte Deutschförderkurs.

Warum dort sparen, wo sich die Einsprachigkeit am schnellsten heilen lässt, nämlich bei den Kindern? Kinder, die sprachlos in eine neue Sprachwelt eintreten, erleben den Geburtsvorgang quasi nochmals. Es ist noch nicht so lange her, dass sie sich nicht so verständigen konnten, wie die Erwachsenen, es ist nicht so lange her, als der Prozess einsetzte, der im Spracherwerb mündet.

Dieser zweite Sprachverlust entwirzelt neben der realen geografischen Entwurzelung ein zweites Mal. Die Jugendlichen und Kinder sind zuerst auf Dolmetschende angewiesen, denn sogar wenn sie

die gleiche Sprache sprechen, bleibt dieser Kontakt untereinander das, was er ist: ein gemeinsames Abgeschnittensein.

Alles, das wächst und sich entwickelt, braucht Zukunftshoffnung. Alles Wachsenwollende, das diese Hoffnung vermisst, ist leichte Beute diverser Rattenfänger und Köderleger. Was also ein jugendlicher und natürlich auch ein erwachsener Mensch in solcher Situation benötigt, ist eine Möglichkeit, zu Bildung zu kommen, und diese Möglichkeit steht und fällt natürlich mit dem gewährleisteten oder auch nicht gewährleisteten Spracherwerb. Man kann sogar ganz brutal verkürzend behaupten: Ohne Sprache keine Zukunft. Und in weiterer Folge: Ohne Sprache keine neue Heimat. An allererster Stelle müsste also der Spracherwerb stehen. Kinder und Jugendliche lernen schnell und sind üblicherweise sehr bald fähig, akzentfrei zu sprechen. Der Akzent, die Wortlosigkeit, die ihr Anderssein einzementieren, fallen wesentlich schneller weg als bei Erwachsenen: diesen entscheidenden Vorteil muss man also so zügig wie effektiv nutzen.

Die Gesellschaft lässt sich, wie zuvor schon erwähnt, Talente und Chancen entgehen, wenn sie den Talenten keine Chance gibt. Und man kann gar nicht oft genug betonen, dass der erste Schritt zu erfolgreicher Integration die Sprache ist. Die Kinder stellen dabei eine besonders flexible Brücke zu den Lebenswelten Erwachsener dar. Üblicherweise - und wenn nicht schon zuvor Gravierendes fehlgelaufen ist - will jedes Kind Teil seiner Umgebung sein und mit ihr in engen Kontakt treten. Vor allem wenn man ihren Ehrgeiz nicht einstampft, indem man sie nicht am normalen Schulalltag teilnehmen lässt, sondern ihre kindliche Entwicklungsbereitschaft fördert. Der so entstehende Austausch bringt beiden Seiten etwas, ein Erkennen und Begreifen unterschiedlicher Realitäten und Lebensläufe. Es wäre vollkommen hirnrissig, sich und ihnen diese Chance zu vergeben: indem man sie zu lange auf Deutschunterricht warten, nicht am Unterricht teilnehmen, in dem man sie nicht ankommen lässt in einer neuen Realität und damit das Draußen-vor-der-Tür-Syndrom prolongiert.

Die Schule hat die Aufgabe, die neue Realität schrittweise näher zu bringen. Integration ist nur in Kommunikation mit dem Alltag der anderen, mit dem Austausch mit Gleichaltrigen möglich: sie zeigen am effektivsten vor, wie der Alltag hierzulande abläuft, und das Lernen geschieht hier noch spielerisch und leicht. Das Abschieben der Jugendlichen in eigene Klassen würde sie in jene Segregation zurückwerfen, die sie von dem Miteinander weiter abhalten wird.

Lehrende und Betreuende stellen die wichtigste Brücke zwischen den Minderjährigen und der Welt draußen dar. Sollte aus dem Fluchtland ein Weltbild mitgebracht worden sein, das unserem Gesellschaftsbild heftig widerspricht, ist es Aufgabe der Betreuenden und des Lehrpersonals, Grenzen dort auf zu zeigen, wo das Verhalten des Kindes oder Jugendlichen andere verletzt oder in ihren Rechten beschneidet. Stichwort wären beispielsweise die Gleichberechtigung und die Stellung der Frau oder die Stellung der Minderheiten in der Gesellschaft. Ebenso ist wiederum das Lehrpersonal gefordert, etwaigem Mobbing zu begegnen und die ganze Klassengemeinschaft mit den Themen der Ausgrenzung und Annäherung vertraut zu machen. Davon profitieren nicht nur die Flüchtlinge, sondern die ganze Klasse: Ausgrenzung kann jeden Schüler und jede Schülerin treffen. Je früher man beginnt, sich mit den Spiralen, die dabei in Gang gesetzt werden, auseinander zu setzen und je eher man sich mit positiven Lösungsmöglichkeiten beschäftigt, desto schneller hat jeder in der Klasse viel für seine eigene Zukunft gelernt und weitere Fertigkeiten in den sogenannten Sozialkompetenzen erworben. Ebenso wichtig ist jedoch auch, dass Konsequenzen gesetzt werden, sollte jemand die rote Linie des Tolerierbaren überschreiten: Gewalt, Drohung und Einschüchterung haben in Schule und Betreuung keinen Platz. Das alles geschieht nicht von heute auf morgen, und als

eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen können entsprechende zur Verfügung gestellte Ressourcen betrachtet werden. In einer Zeit, in der am Schulwesen gespart wird, fallen viele um ihre Chance um, ob zugezogen oder einheimisch.

Wenn man zurückblickt in Österreichs Vergangenheit, kann man sehen, wie viele Menschen dieses Land als Zufluchtsort wählten, aber auch fluchtartig verlassen mussten. Österreich ist quasi ein Ort beständiger Osmose. Abgesehen davon ist Österreich immer Schmelztiegel gewesen, bewährt im Verdauen neuer Einflüsse: vom Kaffee bis zum Knödel, von Literatur bis Wissenschaft. Dieses Land wäre um viele Eigenheiten und Vorzüge ärmer, hätte es sich gegen Neuerungen und zugewanderte Menschen verwehrt. Zugewanderte sind - wenn man es schon nicht anders als wirtschaftlich betrachten will - humane Ressourcen, die nicht nur von dieser neuen Heimat profitieren könnten, sie sind Ressourcen, von denen auch das neue Heimatland profitieren kann.

Aber Integration besteht nicht nur aus der Bereitschaft der Ankommenden, die Sprache zu erlernen, die hiesigen Gepflogenheit zu durchschauen und sich nach ihnen auszurichten versuchen.

Integration entsteht auch aus der Bereitschaft, die Neuankommenden zu akzeptieren, als das, was sie sind: neue Mitbürger und Mitbürgerinnen. Gleichwertige Menschen mit Rechten und Pflichten. Nur die Pflichten einzufordern, das anonyme Hetzen in Foren und das aktiv aggressive Auftreten fördert weder die Integration noch zeichnet sie die so Handelnden aus.

Das Anstreben einer gemeinsamen Gleichwertigkeit ist eines jener Zünglein auf der Waage, die eine Demokratie braucht, um den einsetzenden Tunnelblick wieder zu weiten und eine andere, notwendige Perspektive möglich zu machen.

In Augenblicken echter Erschütterung laufen viele Menschen Gefahr, aus Furcht zu einfachen Lösungen greifen zu wollen, die einfachen Lösungen sind üblicherweise nicht die besten und vor allem jene, die demokratisch betrachtet nicht wirklich haltbar sind. Es ist eine Tatsache, dass der IS existiert, eine traurige weitere Tatsache, dass er schon viele Opfer gefordert hat, die meisten in den arabischen Ländern, aber auch einige in Europa. Die Gräueltaten des IS richteten sich bis jetzt vor allem gegen andere MuslimInnen, weniger gegen EuropäerInnen, wobei auch hier gezielt Übergriffe geplant und auch ausgeführt worden sind. Seit dem Großwerden der IS und der damit verbundenen aus Europa nach Syrien reisenden Dschihadisten gibt es steigendes Misstrauen generell allen Muslimen und Muslimas gegenüber.

Dabei ist es nur ein verschwindender Prozentteil, die dem Ruf des IS tatsächlich Folge leisteten. Nicht zu vergessen die foreign fighters, also Europäer, die erst zum Islam konvertierten, junge, geköderte, manipulierte Menschen ohne jedweden Migrationshintergrund. Die meisten Migranten haben sich eben nicht dem IS angeschlossen, versucht hier Fuß zu fassen, Wurzeln zu schlagen, die Sprache zu erlernen, ein neues Zuhause zu gründen und zu finden, und Teil unserer Gesellschaft werden, zu sein und zu bleiben. Für diese Menschen ist der derzeit vorherrschende Ton ein Schlag ins Gesicht und eine erneute Entwurzelung. Der Versuch, eine ganze Volksgruppe zu kriminalisieren, ist weder demokratisch noch humanistisch haltbar. Wir kennen solche Tendenzen und deren Folgen aus jüngerer und auch aus älterer Menschheitsgeschichte.

Das Kriminalisieren aller löst im Endeffekt eine Entmenschlichung aller aus. Eine Ethnie, die von Grund auf übel sein soll, ist schnell von Auslöschungsphantasien bedroht.

Aus einer solchen Tendenz entsteht ein Tsunami, der die Errungenschaften des bis jetzt gelingenden Zusammenlebens hinwegspülen könnte und dessen Langzeitfolgen nicht absehbar sind.

Menschen, die sich auf beiden Seiten der Deeskalation widmen und das Gemeinsame stärken machen Anfällige immuner gegen Rattenfänger aller politischen couleur, gegen extremistische Gruppen, ob sie nun hiesige oder jene des Islamischen Staates sind. Deeskalierende sind Wellenbrecher in der Springflut rassistisch gefärbter, politisch wegen Kleingeldgelüsten herbeigewünschter Stigmatisierung und Ausgrenzung, auf der anderen Seite der Radikalisierung und des Abwendens von allgemein gültiger Gesetzgebung. Dieses bewusst gewählte Wellenbrecher-Sein kostet Kraft und braucht Unterstützung.

Es gibt Momente, in denen die Demokratie ins Straucheln, ins Wanken kommt. Diese werden üblicherweise gerne von Kräften, denen diese Demokratie kein großes Anliegen ist oder sogar bereits ein Dorn im Auge darstellt, dafür benutzt, um dieses Taumeln noch mit einem weiteren Stoß zu verstärken. Wir brauchen dringend mehr solcher Menschen, die das Gegengewicht dazu liefern: mit all ihrer Überzeugung und all ihrer Kraft.

Hiergeborene und Anderswogeborene. Integration ist keine Einbahnstrasse, dieser Begriff wurde zwar schon bis zum Anschlag strapaziert. Er ist aber in seiner Schlichtheit immer noch die beste Beschreibung dessen, was Integration sein soll: eine Bewegung auf einander zu. Einen Stau können alle Integrationsverkehrsteilnehmer einfach nicht brauchen.



Julya Rabinowich lebt als Autorin, Dramatikerin und Malerin in Wien.

4. Vorträge

4.1 Migration, urbane Gesellschaften und die Bedeutung des öffentlichen Raumes am Beispiel des Projektes Superkilen in Kopenhagen

Dipl.-Ing. Martin Rein-Cano



Superkilen, ein von den Architekturbüros BIG, TOPOTEK 1 und SUPERFLEX entworfener Landschaftspark, zieht sich keilförmig durch einen der ethnisch gemischtesten und sozial benachteiligten Stadtteile Kopenhagens. Das Projekt aus dem Jahr 2012 präsentiert das Potential der Landschaftsarchitektur bei der Reaktion auf Probleme mit heterogenen Identitäten in modernen Städten.

Auf dem 30.000 Quadratmeter großen Freigelände verteilen sich über 1000 urbane Objekte und elf Baumarten aus den Herkunftsländern der AnwohnerInnen. Die Fläche erscheint wie eine kleine Weltausstellung städtischer Elemente: Neonschilder aus Japan, Fitnessgeräte aus Kalifornien, Telefonzellen aus Lateinamerika. Die Ideen und Auswahl der Objekte entstammen zum Teil von den AnwohnerInnen selbst, die von den PlanerInnen in den Entwurfsprozess mit einbezogen wurden. Die fremdartigen Objekte stellen eine untrennbare Verbindung zu ihren Herkunftsländern her und repräsentieren den Fluss von Menschen und Ideen in einer globalisierten Welt, die zugleich vertraut und fremd ist. Der 750 Meter lange öffentliche Freiraum in Form eines Keils (dänisch: kilen) gliedert sich in drei Abschnitte: den roten Markt, schwarzen Platz und grünen Park. Besonders der Marktbereich sticht durch die unterschiedlichen markanten Rottöne deutlich in der umgebenden Bebauung hervor.



Abbildung 1: Roter Platz – Superkilen, Quelle: <http://edition.cnn.com/2014/10/06/travel/copenhagen-surreal-park/index.html>



Abbildung 2: Schwarzer Markt – Superkilen, Quelle: <http://edition.cnn.com/2014/10/06/travel/copenhagen-surreal-park/index.html>

Dipl.-Ing. Martin Rein-Cano studierte Kunstgeschichte an der Universität in Frankfurt und Landschaftsarchitektur an der Technischen Universität in Hannover und Karlsruhe. 1996 gründete er das Büro TOPOTEK 1, das sich als Grenzgänger zwischen verschiedenen Genres, Typologien und Maßstäben versteht. Seit 2005 ist Rein-Cano Gastprofessor in Europa und Nordamerika u.a. an der University of Pennsylvania, Universität Kassel und Leibniz Universität Hannover. Mehrere Bücher und Artikel in Fachzeitschriften wurden exklusiv über seine Arbeit publiziert, welche mit vielen Auszeichnungen und Preisen geehrt wurde. Zuletzt erhielt TOPOTEK 1 die Goldmedaille des Internationalen Olympischen Komitees IOC/IAKS Architecture Award für das Superkilen Projekt in Kopenhagen und die Bronzemedaille für die Heerschürli Sportanlagen in Zürich; den Red Dot 'Best of the Best' Award, den Institute Honor Of National AIA Awards und eine Würdigung im Rahmen des Deutschen Landschaftsarchitektur Preis 2013. Das TOPOTEK 1 Projekt Superkilen war Finalist im Mies van der Rohe Prize - the European Union Prize for Contemporary Architecture 2013.

Literatur und Links:

Barbara Steiner & Nikolaj Heltoft: *Superkilen* (Arvinius + Orfeus Publishing. Stockholm 2013)

Video „Superkilen celebrates diversity in Copenhagen“: <https://www.youtube.com/watch?v=ilhYEbc7Xm4>

Video „CHOICE lecture series: Martin Rein-Cano“: https://www.youtube.com/watch?v=OW_mDcrPLgI

Artikel „Superkilen celebrates diversity in Copenhagen“:

<http://denmark.dk/en/lifestyle/architecture/superkilen-celebrates-diversity-in-copenhagen/>

Artikel “Superkilen: Welcome to Europe's strangest public park“:

<http://edition.cnn.com/2014/10/06/travel/copenhagen-surreal-park/index.html>

4.2 Plädoyer für die Stärkung der Urbanität und für die Rückbesinnung auf Inklusionsorientierung und Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow



Für Stadtgesellschaften ist die Fähigkeit, Mobilität und Diversität für die Gestaltung des Alltagslebens konstruktiv nutzen zu können, schon immer entscheidend. Auffällig ist, dass diese Fähigkeit dort am besten zum Ausdruck kommt, wo die Stadt aus dichten und gemischten Quartieren besteht. Hier ist zweierlei bemerkenswert: Diese Quartiere fördern einen pragmatischen Umgang miteinander. Sie begünstigen durch

ihre Dichte und ihre kurzen Wege eine nachhaltige Lebensweise. Heute, wo Urbanität zum weltweit erfolgreichsten Gesellschaftsmodell avanciert ist, ist es entscheidend, sich endlich der Kerneigenschaften von Stadtgesellschaften bewusst zu werden, um die Quartier- und Stadtentwicklung gezielt steuern zu können. Angesichts heute radikal zunehmender Mobilität und Diversität und der wachsenden Umweltbelastungen ist dies fast schon eine Überlebensfrage.

Eine gut durchdachte Perspektive ist gefragt

Bei der Diskussion über den gesellschaftlichen Zusammenhalt wurden bislang...

... meist die vertrauten familialen und milieuspezifischen Erfahrungen zur Norm gemacht

... diese dann mit nationalen Gesellschaftsbildern ausgestattet

... und schließlich zur Grundlage eines entsprechenden Gesellschaftsverständnisses gemacht, das zum Schluss alles – von der Stadtentwicklung bis zum Umgang mit dem anderen – bestimmt.

Dies wird den überkommenen Eigenschaften von Stadtgesellschaften genau so wenig gerecht wie deren aktuellen Herausforderungen und führt in die Irre. Es ist entscheidend, sich auf das zu besinnen, was die im Verlauf der Jahrhunderte entwickelte urbane Alltäglichkeit und das Zusammenleben konstituiert. Wichtig ist hier zu sehen, dass Stadtgesellschaften überhaupt nur entstanden sind und heute sogar bis hin zu den global cities so erfolgreich sind, weil man einen Modus für einen konstitutiven Umgang mit einer von Mobilität und Diversität geprägten Bevölkerung gesucht, gefunden und realisiert hat. Soziologisch formuliert ist die entscheidende Erfindung die Ablösung von Verwandtschaftsbindungen durch formale Bindungen der Bevölkerung über needs-orientierte, funktionsspezifische Systeme, die ein alltägliches, funktional dichtes und sozial, kulturell, religiös und sprachlich gemischtes Zusammenleben bei gleichzeitiger individueller Unterschiedlichkeit erlauben.

Die Durchsetzung dieser Perspektive ist nicht einfach

Es gibt eine Fülle von Hindernissen, die die Durchsetzung bremsen. Zwar waren Mobilität und Vielfalt aus alltagspraktischer Sicht für Stadtgesellschaften seit je selbstverständlich, doch haben sich je nach

Lage sehr unterschiedliche Formate ausgebildet. Durch eine zunehmende, dichte und gemischte Interaktion durchdringen Mobilitäts- und Diversitätseffekte immer wieder den gesamten Stadtraum. Aber: Die sozialstrukturelle Glokalisierung, die lokale Entindustrialisierung und spezifische Standortinteressen bremsen die Interaktionsdynamik, wirken segregierend und begrenzen neue Mobilitäts- und Vielfaltseffekte oft genug auf "Zwischenräume". Die Effekte auf die Alltagswicklung sind entsprechend unterschiedlich ausgeprägt. Zu beobachten ist eine schrittweise Veralltäglicung von Neuem, Fremden oder Anderem. Dennoch bewirken Standortinteressen und Ängste ein problematisches Mobilitäts-/Diversitätsregime.

Zur Eigenlogik der Stadtgesellschaft

➤ **Inclusive city: Das urbane Quartier als Raum für Vielfalt**

Gewissermaßen "unterhalb" der formellen Alltagswirklichkeit, unterhalb der institutionalisierten Handlungsfelder entwickelt sich die baulich verfestigte urbane Wirklichkeit. Das dichte und funktional-divers gemischte Quartier ermöglicht einen pragmatischen Umgang miteinander – ein Miteinander auf der Basis zunehmender Mobilität, Diversität. Zugleich bietet sich dieses Quartier als Stadt der kurzen Wege und damit als nachhaltiges Quartier an. Und es bietet sich als Grundmuster auch für die der Urbanisierung ausgelieferten ländlichen Regionen an. Auch im ländlichen Raum ist Urbanität längst Maßstab.

➤ **Die institutionalisierten Handlungsfelder und ihre Regulierung**

Die Stadt besteht im Kern aus institutionalisierten Handlungsfeldern, typisch verschiedenen, unterschiedlich komplexen formellen gesellschaftlichen Zonen spezifischer Komplexität:

- Im Kontext needs-orientierter formaler Systeme von Arbeit, Wohnen, Versorgung, Bildung, Recht, Kultur, Politik, Kirche usw. geht es um einen formal-rationalen Umgang nach Maßgabe der "Leitdifferenzen" des jeweiligen Systems. Das regulative Prinzip: Right of the city für alle im Sinn von Fairness und Gerechtigkeit.
- Im Kontext von Diskursgemeinschaften, Verbänden, in der Zivilgesellschaft und in der Öffentlichkeit geht es um unterschiedlichste Formen der Verständigung und Beteiligung. Das regulative Prinzip: Betroffenheit / Engagement als Basis für Zivilgesellschaft.
- Im Kontext der Lebenswelt der Vielen als Viele in Wir-Gruppen, Familien, Milieus, soziokulturellen Clustern (Communities) und adaptierten globalen Milieus geht es um gemeinsam gelebte Vielfalt. Das regulative Prinzip: Anerkennung / Identität als Voraussetzung "Identifikation" mit dem Wir-Gruppen-Milieu.

Man kann das Ganze als eine "Grammatik urbanen Zusammenlebens" beschreiben.

Aktuelle Herausforderungen nötigen zur "Inclusive City"

➤ **Integrale Stadtentwicklung**

Angesichts der aktuellen Situation ist es entscheidend, unter Rückgriff auf die Grammatik urbanen Zusammenlebens, eine integrale Stadtentwicklung politisch (*inclusive*) und städtebaulich (*dicht, gemischt, nachhaltig*) voran zu treiben. Um die mit Mobilität und Vielfalt schon immer verknüpften Effekte nutzen zu können, müssen sie offensiv von der Stadtgesellschaft gewürdigt werden. Es wäre "kontraproduktiv", Mobilitäts- und Vielfaltseffekte zu ignorieren, auszugrenzen, zu diskriminieren oder zu kriminalisieren. Die Nutzung solcher Potentiale funktioniert nur auf der Basis von "Gerechtigkeit als Fairness" (Rawls), der Gleichbehandlung aller. Nur so entwickelt sich Solidarität

zwischen den "Vielen als Viele". Nur so lassen sich Neid, Missgunst und Kultur- bzw. Sozialrassismus vermeiden. Die UNO-Habitat-Konferenz fordert in diesem Sinn eine "Inclusive City": *"Inclusive City promotes growth with equity. It is a place where everyone, regardless of their economic means, gender, race, ethnicity or religion, is enabled and empowered to fully participate in the social, economic and political opportunities that cities have to offer Participatory planning and decision-making are at the heart of the Inclusive City."*

➤ **Engagierte Förderung von Urbanität**

Jenseits der informellen Alltagswirklichkeit muss man sich in den typisch verschiedenen, unterschiedlich komplexen formellen gesellschaftlichen Zonen "kontextspezifisch" als Stadt jeweils systematisch aufstellen. In der aktuellen Situation sind es vor allem folgende Punkte:

1. Konsequente Unterscheidung zwischen den drei Kontexten und ihren jeweiligen Erfordernissen. Zum Beispiel ist mit Religion anders umzugehen als mit Bildung.
2. Entschiedene needs-Orientierung der kommunalen Systeme - eine flexible Orientierung am "Kunden" (sprachlich, technisch, personell usw.).
3. Entschiedene Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Bevölkerungsgruppen. Diversity-Management im Blick auf diverse Lebensstile, soziale Situationen, Sprachen, Gender- und Milieuorientierung, Religion, Staatsangehörigkeit und Disability.
4. Ausbau der Zivilgesellschaft: Strukturelle Organisation vielfältiger Beteiligungsformen.
5. Kritische Distanz zu allen Versuchen, die funktionale Differenzierung und damit auch die Segmentierung der Stadt weiter voranzutreiben. Kritische Auseinandersetzung mit Investorenmodellen / Gated communities/ Shopping malls usw.

Zusammenfassung

Die aktuelle Flüchtlingssituation führt nur vor Augen, was sich im Prinzip schon lange angebahnt hat:

1. Die Globalisierung hat längst auch Dank der technologischen Entwicklungen eine Dynamik entwickelt, in der Risiken und Chancen nicht mehr zu trennen sind und diese sich auch nicht mehr unterschiedlich zuteilen lassen.

→ die Vielen als Viele (Willkommenskultur ausbauen)

2. Das urbane Zusammenleben muss endgültig von nationalstaatlichen Mythen befreit und wieder konsequent an der Grammatik des urbanen Zusammenlebens ausgerichtet werden.

→ Needs-Orientierung (insbesondere die urbane Systeme neu modellieren)

3. Angesichts der massiv beschleunigten Umgestaltung des lokalen Fußabdruck einer globalisierten urbanen Alltagswirklichkeit muss Fairness und Gerechtigkeit für alle zum obersten Prinzip werden.

→ ein Recht auf Stadt für alle (unterschiedliche rechtliche Positionen dürfen in der Stadtgesellschaft keine Rolle mehr spielen)

Das bedeutet, wir müssen jetzt unsere Hausaufgaben machen: Inclusive City.

Wolf-Dietrich Bukow studierte Evangelische Theologie, Soziologie, Psychologie und Ethnologie in Bochum und Heidelberg und war Professor für Kultur- und Erziehungssoziologie an der Universität zu Köln. Seit 2010 ist Bukow Inhaber einer Forschungsprofessur am Forschungskolleg der Universität Siegen (FoKoS). Zu den Schwerpunkten gehören urbaner Alltag, Migration und Mobilität, Diversität

und Fragen der Interkulturalität. Im Fokus der aktuellen Arbeiten steht die Debatte über eine „Inclusive City“.

Literatur und Links:

Wolf-Dietrich Bukow: *Urbanes Zusammenleben. Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften* (VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010)

Wolf-Dietrich Bukow (zusammen mit Gerda Heck, Erika Schulze, Erol Yildiz): *Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft* (VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2011)

Wolf-Dietrich Bukow (zusammen mit Cristina Allemann-Ghionda): *Orte der Diversität. Formate, Arrangements und Inszenierungen* (VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2011)

Video „Inklusive Stadt“ - Vortrag von Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow:

<https://www.youtube.com/watch?v=pmAh4mYs8YI>



Von links: LHStvin Ingrid Felipe, StR Gerhard Fritz, sowie die ReferentInnen Dietrich Bukow, Martin Rein-Cano und Julya Rabinowich.

5. Impulsvorträge

5.1 Rechtliche Rahmenbedingungen in der Bau- und Raumordnung

Dr.in Barbara Bischof, Land Tirol, Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht



Barbara Bischof gab durch ihren Impulsvortrag einen kurzen juristischen Überblick über die Bau- und Raumordnung Tirols. Dabei standen vor allem Widmungsgrundsätze und –kategorien sowie deren Auswirkungen für religiöse und andere Bauten im Vordergrund. Als zulässige Widmungskategorie für religiöse Einrichtungen kommt demnach unter anderem die sogenannte „Sonderfläche“ in Frage, wie an mehreren Beispielen aufgezeigt wurde. Die

Powerpointfolien der Präsentation finden Sie unter: <https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/integration/integrationsenquete-2015/>

5.2 ÖROK-Prozess: Vielfalt und Integration im Raum

Ass.-Prof. DI Dr. Wolfgang Andexlinger, Institut für Gestaltung 1, Fakultät für Architektur der Universität Innsbruck

Im Jahr 2011 wurde durch die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) das Österreichische Raumentwicklungskonzept (ÖREK) 2011 veröffentlicht. Damit wurde auch der Startpunkt zur Umsetzung sogenannter ÖREK-Partnerschaften gesetzt. Ziel dieser Partnerschaften ist es sich gemeinsam mit AkteurInnen aus Bund, Land und Gemeinden in einem Themenbereich weiter zu vertiefen und Inhalte zu konkretisieren.



Die ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt und Integration im Raum“ war vor allem auf die Bewusstseinsweiterung räumlicher Auswirkungen von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen gesetzt und sollte den damit verbundenen Handlungsbedarf aufzeigen, Erfahrungsaustausch begünstigen und neue Aktivitäten zwischen integrations- und standortpolitischen AkteurInnen im Interesse der räumlichen Entwicklungspolitik fördern.

Ausgangspunkt der Diskussion über die Zusammenhänge zwischen einer vielfältigen Gesellschaft und räumlicher Entwicklung war die Feststellung, dass eine zunehmende Verräumlichung gesellschaftlicher Themen feststellbar ist. Aspekte wie Segregation, Gentrifizierung, Zuwanderung, Überalterung und Stadt-Land Beziehungen sind nur einige der Begriffe, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Die Frage, wie man planerisch mit diesen Veränderungsprozessen umgehen kann bildete daher die zentrale Fragestellung in der zwei Jahre andauernden ÖREK-Partnerschaft.

Die Ergebnisse und Positionen, die im Abschlussbericht dokumentiert und zusammengefasst sind, zeigen deutlich auf, dass es dafür keine vorgefertigten Instrumente und Handlungsanleitungen gibt, die überall anwendbar wären. Stattdessen erfordert gesellschaftliche Vielfalt auch Vielfalt im

Handeln. Mögliche Wege des Agierens und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen wurden im Rahmen der Partnerschaft erörtert. Folgende können in diesem Zusammenhang genannt werden:

- Es braucht ein klares politisches Bekenntnis als Grundbedingung eines verantwortungsvollen und koordinierenden Handelns.
- Die Bestandsaufnahme muss über quantitative Datenerhebungen hinausgehen, um die Erwartungen, Ziele, Wünsche und Hoffnungen der Menschen wahrnehmen zu können.
- Es braucht eine ständige Adaptierung vorhandener Planungsinstrumente und Strategien.
- Ressortübergreifende Zusammenarbeit ist notwendig, weil die Themen Integration und Raum Querschnittsthemen sind und somit von verschiedensten Seiten her betrachtet werden müssen.
- Die Bevölkerung muss Teil bei der Erarbeitung neuer Strategien und Konzepten sein, um vom Betroffenen zum Mitwirkenden zu werden.
- Die Auseinandersetzung mit und Diskussion über gelungene Projekte bringt wesentlich mehr, als jede theoretische Broschüre. In diesem Sinn ist das Lernen an und von guten Projekten wesentlich.

5.3 Erfahrungen aus dem ländlichen Raum

Mag.^a Dr.in Ingrid Machold, Bundesanstalt für Bergbauernfragen



Migrations- und Integrationsprozesse werden meist mit städtischen Räumen verbunden. Gerade in den letzten Jahren wird in den Städten und auch den Stadtumlandgebieten eine starke Zuwanderung der aus dem Inland, aber auch der aus dem Ausland zugewanderten Bevölkerung festgestellt und mannigfaltig diskutiert. Ländliche Räume werden hingegen implizit mit Abwanderungsszenarien und homogenen Gesellschaftsformen gleichgesetzt.

Im Auftrag des Bundeskanzleramtes hatte die Bundesanstalt für Bergbauernfragen im Rahmen eines Grundlagenprojekts zu Migrationsprozessen in ländlichen Regionen in Österreich (Laufzeit 2011 – 2013) die Gelegenheit, die oben genannten Annahmen zu hinterfragen und den Fokus der Untersuchung auf ländliche Regionen zu lenken. In einem Folgeprojekt konnte darüber hinaus analysiert werden, wie Integrationsprozesse im Rahmen von regionalen Entwicklungsmaßnahmen gestaltet werden können.

Auf Ebene der politischen Bezirke, aber auch im Vergleich der OECD Raumtypen (überwiegend städtisch, Zwischengebiete, überwiegend ländlich, stadtnah und überwiegend ländlich, peripher) wird dabei deutlich, dass bei den Wanderungen innerhalb Österreichs (Binnenwanderung), die vor allem durch Menschen mit inländischer Staatsangehörigkeit geprägt ist, die ländlichen Gebiete und besonders die peripheren Regionen stark an Bevölkerung verlieren, während Städte und vor allem die Stadtumlandregionen von Wien und Graz gewinnen. Im Gegensatz dazu sind die Wanderungsbewegungen mit dem Ausland in allen politischen Bezirken Österreichs durch eine positive Bilanz geprägt (die Zuwanderung, v.a. von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist höher als die Abwanderung im gleichen Zeitraum). Dadurch kann Binnenabwanderung in den ländlichen Regionen durch die Zuwanderung von Außen wenn nicht kompensiert, so doch zumindest

gemildert werden. Das heißt auch, dass durch Zuwanderung aus dem Ausland ländlich geprägte Regionen vielfältiger werden.

Wie sehen nun Integrationsprozesse in ländlichen Gemeinden aus? Fokussiert auf Fragen des Zusammenlebens innerhalb einer ländlichen Gemeinde wird der Grundtenor deutlich, dass dies weniger von einem Miteinander sondern vielmehr durch ein Nebeneinander geprägt ist und es nach wie vor wenig Berührungspunkte und Begegnungsräume zwischen MigrantInnen der verschiedenen ethnischen Gruppen und der einheimischen Bevölkerung gibt. Der Wert der Vielfalt, der durch Zuwanderung in (ländliche) Gemeinden gelangt, wird oft nicht als bereicherndes Element erkannt. Es dominiert eine Problemorientierung, die vor allem die Schwierigkeiten des „Zusammenlebens“ betont, während eine bewusste Wertschätzung und ein ausgeprägtes Interesse für die Fähigkeiten und Potenziale anderer Bevölkerungsgruppen erst im Entstehen sind. Von Seiten der aufnehmenden Gesellschaft überwiegt der Anspruch, dass sich vor allem die MigrantInnen um Integration ins vorherrschende Gesellschaftssystem bemühen sollen. Daraus ist abzuleiten, dass Offenheit für andere Lebenswelten nicht von selbst entsteht, es müssen entsprechende Rahmenbedingungen wie Informations-, Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen dafür geschaffen werden.

Das Regionalmanagement könnte hier als neutrale Stelle in der Region die vielfältigen Kräfte bündeln und zur Sensibilisierung und Sondierung der für die Region wesentlichsten Bereiche beitragen. Dabei braucht es eine stärkere Verknüpfung von Integrationspolitik und Regionalpolitik, denn wenn Integrationsprozesse im Rahmen von spezifischen lokalen/regionalen Entwicklungsmaßnahmen gestaltet werden, können die Bedarfe in der Region leichter erkannt und die vielfältigen Potenziale der MigrantInnen rascher wirksam werden.

6. Gesprächskreise

6.1 Vielfalt im Stadtteil

Moderation und Zusammenfassung: Ass.-Prof. Dr. Marc Hill



Im Rahmen des Gesprächskreises kamen BewohnerInnen, StadtforscherInnen, FilmemacherInnen, Studierende und Interessierte aus verschiedenen Stadtvierteln Innsbrucks zu Wort. Sie schilderten ihre Perspektive auf das Olympische Dorf (nachfolgend immer O-Dorf genannt) in Innsbruck. Dabei verabschiedeten sie sich von tradierten Mythen über das O-Dorf als eine problematische Hochaussiedlung und betonten das dort stattfindende Vereinsleben

sowie unterschiedliche Bezugspunkte der BewohnerInnen zum Stadtviertel. Es herrschte Einigkeit darüber, dass es sich bei dem Olympischen Dorf um einen gemischt-genutzten Bezirk handelt, der gerade aufgrund seiner hohen Bevölkerungszahl und seiner heterogenen Zusammensetzung viel Potenzial für ein urbanes Zusammenleben beinhaltet.

Es wurde darüber gesprochen, dass viele BewohnerInnen tagsüber woanders arbeiten, demnach zwischen ihrem Arbeits- und dem O-Dorf hin- und her pendeln. Dabei spielt die günstige Anbindung an die öffentlichen Buslinien und die Möglichkeit via Fahrrad in die Stadt zu fahren eine wesentliche Rolle. Für die PendlerInnen ist das lokale Tagesgeschehen in der Siedlung von geringer Bedeutung, da sie dort hauptsächlich nur wohnen. Daran ist die Tendenz als „Schlafstadt“ des Gebietes ablesbar und könnte ein Anknüpfungspunkt für Veränderungsprozesse sein.

Im Weiteren wurde berichtet, dass Jugendliche mehr Zeit im Viertel verbringen und sich deshalb mit der Gegend identifizieren, diese vermissen allerdings attraktive Angebote und eine differenziertere städtische Infrastruktur vor Ort. Sie wünschen sich mehr Menschen, die von außen in das Viertel hineinkommen. Ein anderer Teilnehmer (ca. 60 Jahre alt) betonte die Aufwertung durch ein neues Café, die Promenade am Inn und das gebaute Seniorenheim. Er könne sich vorstellen, im Alter vom historisch gewachsenen Stadtteil Saggen ins O-Dorf zu ziehen. Bei einem Spaziergang stellte er zufällig die neuen Einrichtungen an der Inn-Promenade der diskutierten Hochhaussiedlung fest.

Für die StadtforscherInnen im Gesprächskreis stand fest, dass es oftmals ein Passungsproblem zwischen der Außen- und der Innenwahrnehmung eines Viertels gibt und gerade in Bezug auf Hochhaussiedlungen mit geförderten Wohnungen und hohem Migrationsanteil sich ein gesellschaftliches Marginalisierungswissen verfestigt hat, welches zu defizitorientierten Annahmen führt. In der Alltagsrealität kommt es jedoch vor allem auf die Möglichkeiten an, die sich vor Ort ergeben. So ist das O-Dorf ein Stadtviertel, welches Menschen Wohnraum und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Häufig werden sie selbst aktiv, gründen Vereine und ergreifen den Raum von sich aus, sofern sie die Kapazitäten dazu haben. Allerdings müsste mehr darauf geachtet werden, dass es auch genügend Chancen zur Belebung der Infrastruktur gibt. Reine Betonbauten ohne Geschäfte und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche sind schnell uninteressant, führen zu sozialen Konflikten und Abwanderung von Besserverdienenden.

Alle Beteiligten waren der Auffassung, dass das O-Dorf ein bewegter Stadtteil ist und der Wunsch nach mehr städtischen Strukturen wurde geäußert. Gerade die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wünschen sich beispielsweise ein Kino und Theaterräume. Es besteht darüber hinaus der Wunsch nach mehr Entfaltungs- und Freizeitmöglichkeiten. Ihrer Meinung nach sollte es Angebote im O-Dorf geben, die auch für die Menschen aus der Innenstadt von Innsbruck attraktiv sind. Sie als „O-Dörfler“ (Selbstbenennung) möchten nicht immer wegfahren müssen, um etwas zu erleben. Das Fazit des Gesprächskreises lautet: „Mehr Stadtleben im O-Dorf!“

6.2 Wohnen und Nachbarschaft

Moderation und Zusammenfassung: Dr. Ilse Unterrainer

Sogenannte „Problemwohnanlagen“ werden häufig mit Menschen mit Migrationsgeschichte in Verbindung gebracht, deren Anwesenheit als Herausforderung für nachbarschaftliches Zusammenleben beschrieben wird. Im Gesprächskreis wurde vor allem die Rolle der Gemeinwesenarbeit in Wohnanlagen diskutiert.



Dabei stand für alle fest, dass Gemeinwesenarbeit in „schwierigen“ Wohnanlagen von verschiedenen öffentlichen Stellen gefordert wird. Diese Tätigkeit hat aber mit der klassischen Hausverwaltung nichts zu tun. Zudem können viele beeinflussende Faktoren vom BauträgerIn/VerwalterIn nicht gesteuert werden (z.B. Baudichte, umliegende Infrastruktur, Wohnungszuweisungen, etc.). Es ist in die Tirol die Diskussion darüber noch ausständig, wer für Gemeinwesenarbeit verantwortlich ist und diese auch bezahlt. Alle Hausverwaltung leistet unterschwellig Gemeinwesenarbeit (Beschwerdemanagement, Konfliktlösung, etc.).

6.3 Religionspraxis in Gemeinden

Moderation und Zusammenfassung: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Palaver



Religion kann für Menschen, die migriert sind, als Möglichkeit der Selbstvergewisserung in einer oft als fremd empfundenen Umgebung an Bedeutung gewinnen. Verbunden damit ist das Bedürfnis, die eigene Religion in würdigem Rahmen - und auch öffentlich sichtbar - zu praktizieren. Das reicht von Gottesdiensten bis zur Bestattung. Was bedeutet das für Kommunen und wie können sie damit angemessen umgehen?

Zwei Themen standen im Zentrum des Gesprächs. Erstens ging es um die Frage der Friedhöfe aus der Sicht der verschiedenen Religionen. Ausgangspunkt war der Islamische Friedhof Altach in Vorarlberg, der einerseits eine Vorbildfunktion im Blick auf interreligiöse Aufmerksamkeit bedeutet und andererseits aber so nicht einfach auf die Situation in Tirol übertragbar ist. In Innsbruck gibt es bereits einen für

MuslimInnen reservierten Friedhofsteil am Pradler Friedhof. In Innsbruck gibt es vor allem einen Bedarf für eine große Verabschiedungshalle, die konfessionsneutral gestaltet sein muss. Wichtig ist es allgemein, dass es auf den Friedhöfen Raum für die Symbole der verschiedenen bei uns ansässigen Religionen gibt. Vermutlich braucht es in Tirol zukünftig drei bis vier Orte, in denen es auch für MuslimInnen Einrichtungen am Friedhof gibt. Noch immer werden zurzeit 70% der türkischstämmigen Verstorbenen in der Türkei beerdigt. Darüber hinaus wurde auch die Frage von Urnenbeerdigungen diskutiert und inwieweit diese in den verschiedenen Religionen erlaubt sind. KatholikInnen sollten dabei nicht vergessen, dass bis vor einigen Jahrzehnten die Leichenverbrennung streng verboten war.

In einem zweiten Punkt diskutierten die TeilnehmerInnen die Frage der Öffentlichkeit von Religionen im Orts- oder Stadtbild. Wäre in Innsbruck auch eine Moschee in der Stadtmitte denkbar? Warum finden sich die meisten Moscheen am Stadtrand und im Gewerbegebiet und was sagt das über das vorherrschende Denken zum Thema Religion und Öffentlichkeit aus? Ein letzter diskutierter Punkt bezog sich auf die große Zahl der Menschen ohne Religionsbekenntnis, die im Bemühen um eine Offenheit für alle Religionen nicht übersehen werden dürfen.

6.4 Raumordnung und Gemeinwesenarbeit

Moderation und Zusammenfassung: DI Peter Warbanoff

Unsere Städte und Gemeinden befinden sich in einem steten Wandlungsprozess. Die Gesellschaft wird immer heterogener und ausdifferenzierter. Der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert zunehmend und muss daher vielfach (wieder) gefördert werden. Andererseits wollen sich auch immer mehr – zum Teil sehr kompetente – BürgerInnen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensraumes beteiligen, wofür es Gelegenheiten, Methoden und Zuständigkeiten braucht.



Gemeinwesenarbeit (GWA) kann dafür wertvolle Beiträge leisten. Wesentliche Grundprinzipien der GWA sind der Aufbau und die Pflege von persönlichen Beziehungen vor Ort im Wohnumfeld sowie gemeinsam entwickelte Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituationen. Zu Recht können von diesem Aufgabenfeld daher auch wertvolle Beiträge für die Integrationsarbeit erwartet werden.

Was macht aber gute Gemeinwesenarbeit aus und wie kann sie konkret zur Integration von Zugewanderten beitragen? Folgende Aspekte wurden dazu von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Gesprächskreis Raumordnung und Gemeinwesenarbeit eingebracht:

- In unseren Gemeinden und Städten gibt es zahlreiche Maßnahmen und Projekte, die im Sinne einer GWA für die Integration von Zugewanderten wirken; sehr vieler dieser Initiativen werden von Freiwilligen und Ehrenamtlichen meist mit geringen finanziellen Rahmenbedingungen aber mit großem Engagement und persönlichem Einsatz durchgeführt.

- Ein Erfolgsfaktor für „gute GWA“ sind professionelle Strukturen, die sich vor Ort in den Wohnquartieren der Städte und Gemeinden aktiv um das Zusammenleben sowie um die Beratung und Betreuung des vorhandenen zivilgesellschaftlichen Engagements kümmern.
- Es ist zu hoffen, dass in spätestens 10 Jahren in jeder (größerer) Gemeinde auch für das allgemeine Zusammenleben – für das MITEinander – bezahlte Strukturen und Zuständigkeiten vorhanden sind – ähnlich wie es sie bereits für die Jugendarbeit gibt.
- Dabei ist es nicht unbedingt erforderlich, dass jede Gemeinde eigene Stellen hat; zielführend(er) ist, wenn (kleinere) Gemeinden solche Strukturen und Zuständigkeiten gemeinsam und gemeindeübergreifend einrichten – als Beispiel werden gemeindeübergreifende Kooperationen in Vorarlberg angeführt.
- Erforderlich sind Strukturen, die sich kontinuierlich der Mobilisierung und Vernetzung von AkteurInnen und Ressourcen annehmen können – wesentlich für den Erfolg von GWA und ähnlichen Ansätzen ist vor allem auch ein prozesshafter Ansatz, wo auch ausreichend Zeit vorhanden ist, um Veränderungen im Wohnumfeld bzw. im Zusammenleben zu bewirken.
- Daher sollten die Strukturen nicht (nur) projekt-finanziert sein, sondern längerfristige Perspektiven haben: weg von der „Projektitis“, hin zur Struktur(förderung).
- Zu klären ist, wer die Kosten dafür übernimmt: Gemeinden, Wohnbauträger, Land, Projektfinanzierung, etc.
- Damit sich Menschen an Projekten und Initiativen beteiligen, ist es wichtig, dass den Beteiligten der Sinn und die Ziele der Beteiligung klar ersichtlich sind, für die Beteiligten auch Handlungsspielräume inkl. Ressourcen zur Umsetzung vorhanden sind sowie eine professionelle und kontinuierliche Betreuung gegeben ist.
- Vielfach fehlen in den Gemeinde auch geeignete Räume, um „gute GWA“ umzusetzen – sowohl im öffentlichen Raum (Plätze, Spielplätze, Freiflächen, etc.) als auch in Gebäuden sind vielfach keine adäquaten Möglichkeiten gegeben, damit sich Menschen treffen oder ihren (gemeinsamen) Interessen nachgehen können; Gemeinwesenzentren, wie es sie in vielen Städten und Gemeinden in Deutschland oder der Schweiz gibt, sind bei uns (in Tirol) noch die Ausnahme. Auch attraktive, gemeinsam mit der Bevölkerung geplante und flexibel nutzbare Freiflächen gibt es in unseren Gemeinden nur wenige.
- Gemeinschafts- oder Nachbarschaftsgärten sind einfache, aber sehr gute Möglichkeiten, eine entsprechende GWA bzw. Integrationsarbeit umzusetzen.
- Der vermehrte Zuzug von MigrantInnen kann speziell für ländliche Räume mit Abwanderungstendenzen auch Chancen bieten; eine Voraussetzung, diese Chancen auch zu nützen, ist vor allem auch die Entwicklung einer entsprechenden Willkommenskultur.
- Alle Ansätze von GWA oder Integrationsarbeit dürfen keinen Leistungsansatz haben, müssen freiwillig sein und einen offenen, möglichst niederschweligen bzw. zielgruppenspezifischen Zugang haben; dabei ist es auch durchaus legitim, sich an bestimmten Maßnahmen oder Angeboten nicht zu beteiligen.

6.5 Architektur und Gestaltung

Moderation und Zusammenfassung: DI Johannes Schmidt

Architektur kann Begegnungen in einem Gemeinwesen ermöglichen, begünstigen, aber auch verhindern. Wie müssen Häuser, Plätze und ganze Ortsteile gestaltet werden, damit

gemeinschaftliches Zusammenleben angeregt wird? Welche Beispiele für gelungene oder nicht gelungene Gestaltung gibt es?



Über die Vorfrage, „In welcher Gesellschaft wollen wir in Zukunft leben? Mit oder ohne Berücksichtigung aller Verlierer unseres postmodernen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems? Monokulturell oder multikulturell?“ hat sich zunächst ein Gespräch über die grundlegenden Zielvorgaben von Architektur und Gestaltung von Wohnquartieren, Stadt- und Dorfraum entwickelt. Integration – nicht nur der Flüchtlinge, sondern aller benachteiligter Mitglieder unserer Gesellschaft – wurde in der Diskussion als wesentliches

aktuelles Thema erkannt. Es wurden Möglichkeiten angesprochen, wie Planung besser als zuletzt auf diese Herausforderungen reagieren könnte.

Anhand konkreter Beispiele in Europa wurde festgestellt, dass eine durch ‚intelligente‘ und kreative Planung ermöglichte Durchmischung von BürgerInnen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten und Herkunft Begegnung und Kennenlernen als Voraussetzung von Integration ermöglicht werden kann. Die zum Teil ungünstigen rechtlichen und politischen Gegebenheiten wurden gleichfalls angesprochen.

Die Diskussion endete angesichts der aktuellen Herausforderungen voll Zuversicht und Hoffnung auf die Möglichkeit der Entwicklung der für Integration aller Mitglieder unserer sich verändernden Gesellschaft erforderlichen Zielvorgaben der Politik. Die überwiegend mit Integration und Planung beschäftigten DiskussionsteilnehmerInnen hätten mit ihren kreativen gestalterischen Möglichkeiten offensichtlich das Potential, entsprechende Antworten zu liefern.

7. Kontaktdaten und Links

JUFF-Fachbereich Integration, Michael-Gaismair-Straße 1, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 508 3551,
Email: juff.integration@tirol.gv.at, Internet: www.tirol.gv.at/integration ,
www.facebook.com/integration.tirol

Stadt Innsbruck, MA III – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration, Rathaus, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 5360 4105, Email:
post.stadtplanung@innsbruck.gv.at

Haus der Begegnung, Rennweg 12, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512 587869, Email: hdb.office@dibk.at,
Internet: www.hausderbegegnung.com

Tiroler Integrationsforum, Email: tirolerintegrationsforum@gmail.com, Internet:
www.facebook.com/pages/Tiroler-Integrationsforum/182379178474675

Beitrag zur 6. Tiroler Integrationsenquete auf der Homepage des Landes Tirol:
www.tirol.gv.at/meldungen/meldung/artikel/6-tiroler-integrationsenquete-zum-thema-raum-fuer-vielfalt/

Auf folgender Website stehen Ihnen diese Tagungsdokumentation sowie die einzelnen Vorträge der Integrationsenquete zum Download bereit: www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/integration/integrationsenquete-2015/